

Press release

Kiel, 22.07.2024

Platzmangel im Tierheim Uhlenkrog: Übernachtungssteuer statt Hundesteuer

Zur Platznot im Kieler Tierheim Uhlenkrog und dem Zusammenhang mit der Entwicklung des Kieler Haushalts erklärt Ratsherr Marcel Schmidt, Vorsitzender der SSW-Ratsfraktion Kiel:

„Das Tierheim Uhlenkrog meldet akute Kapazitätsprobleme und nimmt aktuell nur noch Notfälle auf. Gleichzeitig wird davor gewarnt, dass es in Kiel vielleicht sogar zu freilaufenden Straßenhunden kommen könnte. Neben den jetzt schon in großer Zahl vorhandenen streunenden Katzen bestände dann nicht nur Gefahr für die wildlebenden Tiere in Kiel, sondern auch für die Kieler*innen selbst.

In dieser Situation ernsthaft über eine Erhöhung der Hundesteuer nachzudenken – wie die Ratsmehrheit bereits gegen unsere Stimmen mit dem Antrag der Verwaltung ‚Maßnahmen zur Ertragsstärkung und Aufwandsdämpfung sowie zur Sicherung der Investitionstätigkeit in den Haushaltsjahren 2024-2028‘ (Drs. 0788/2024) beschlossen hat – halten wir für kontraproduktiv. Wir brauchen eine wirksame Tierschutzverordnung in Kiel. Das Land Schleswig-Holstein ist gefordert, endlich rechtliche Rahmenbedingungen zu liefern, die die Zahl der verwilderten Haustiere langfristig reduziert und die Tierheime im Bundesland unterstützt. Sofern von Landesseite hier jedoch nichts geschieht, wird Kiel den anderen schleswig-holsteinischen Städten folgen müssen, die sich selbst Tierschutzsatzungen gegeben haben.

Eine Erhöhung der Hundesteuer ist in jedem Fall der falsche Weg. Tierhaltung wird angesichts steigender Tierarztkosten zusätzlich zu den immer noch sehr hohen Lebenshaltungskosten zunehmend kostspieliger. Für viele ältere Menschen mit kleiner Rente ist der Hund kein Luxus, sondern der letzte verbliebene Begleiter. In dieser Zeit die Hundesteuer zu erhöhen, würde im

Zweifelsfall nicht nur viele Menschen, die aus Kostengründen Hunde abgeben müssen, schwer belasten, sondern auch dafür sorgen, dass noch viel mehr Tiere im Tierheim unterkommen müssen. Wenn es darum gehen soll, Geld für die Konsolidierung des klammen Stadthaushalts über Steuern einzutreiben, halten wir die Einführung einer Übernachtungssteuer für den wesentlich besseren Weg.“